



Verwaltung & Management

Zeitschrift für moderne Verwaltung

Öffentliche Aufgaben ■ E-Government ■ Finanzen und Rechnungswesen ■
Führung und Strategie ■ Public Governance ■ Organisation ■ Personalmanagement

Schwerpunkt
„Flüchtlingsmanagement öffentlicher
Verwaltungen in einer Krisensituation:
Perspektiven verschiedener
Fachdisziplinen“

Gastherausgeber: Jörg Bogumil, Sabine Kuhlmann,
Veith Mehde, Ulf Papenfuß, Tino Schuppan

Mit Beiträgen u.a. von
Tino Schuppan, Jörg Bogumil, Sabine Kuhlmann,
Michèle Morner, Hubert Meyer und Johann Hahlen

www.vum.nomos.de



Nomos

3 | 2016
Mai | Juni

Auf ein Wort...

Krisenmanagement – Herausforderung für das Public Management?!

Tino Schuppan/Stefanie Köhl

Im Beitrag werden grundlegende Management- sowie organisatorische Anforderungen bei Krisen aufgezeigt und einige wesentliche Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede zum Public Management verdeutlicht. Konkret wird die Frage beantwortet, worin aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht die Besonderheiten von Krisenmanagement bestehen und welche weiteren Forschungsperspektiven sich hieraus ergeben. Ausgehend von einer begrifflichen wie theoretischen Einordnung von Krisen wird beurteilt, wie sich New-Public-Management-Reformen und Digitalisierung zu Krisen verhalten und einige wesentliche Anforderungen für Krisenmanagement herausgearbeitet. Deutlich wird, dass Krisen in bisherigen Modernisierungsansätzen kaum eine Rolle spiel(t)en, so dass hier eine entsprechende Kompensation/Korrektur erforderlich ist.

Verwaltungshandeln in der Flüchtlingskrise

Jörg Bogumil/Jonas Hafner/Sabine Kuhlmann

In dem Beitrag werden das Verwaltungshandeln in der Flüchtlingskrise und mögliche Ursachen der aufgetretenen Vollzugsprobleme untersucht. Im Fokus stehen vor allem die Vollzugsrealität und die Verwaltungsvarianz im Bereich der Erstaufnahme von Flüchtlingen auf der Länderebene sowie die durch das BAMF als auch die Bundesländer mittlerweile begonnenen Reformen im Verwaltungsvollzugssystem. Leitfrage des Aufsatzes ist, ob das bestehende Verwaltungsvollzugssystem nicht nur in den jeweiligen Zuständigkeiten reformbedürftig ist, sondern ob es auch zu einer neuen Zuständigkeitsverteilung im Bundesstaat kommen sollte.

Organisation der Integration: Die Rolle von Self-Governance für eine gemeinschaftliche Handhabung der Flüchtlingssituation

Michèle Morner/Manuel Misgeld

Voriges Jahr hat die hohe Zuwanderung Deutschland vor besondere Herausforderungen gestellt. Dabei lässt sich die „Flüchtlingskrise“ als so genanntes Wicked Problem charakterisieren, dem eine zentrale Handhabung oder eine Steuerung über Leistungsanreize nicht gerecht werden. Vielmehr ist entscheidend, wie sich ein konzertiertes Vorgehen fördern lässt. Wie dies gelingen kann, zeigt ein in diesem Beitrag entworfener, theoretisch-konzeptioneller Bezugsrahmen. Hierbei stehen die Möglichkeiten einer Self-Governance zur Organisation der Integration im Fokus. Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft

- 114 bewirken mehr, wenn sie sich dezentral vertrauens- und respektvoll miteinander vernetzen. Dies setzt allerdings eine grundsätzliche Kooperationsbereitschaft der Beteiligten sowie eine gewisse kognitive Nähe voraus. Hier muss angesetzt werden, um Steuerungs- und Handlungsfähigkeit für eine gemeinschaftliche Organisation der Integration zu erreichen und gemeinsam zu erreichen, dass Flüchtlinge sprachlich, bildungsmäßig, beruflich wie auch kulturell an der Gesellschaft teilhaben können.
- 115

Migration, Asyl und Integration als organisatorische Herausforderung für Land und Kommunen

144

Hubert Meyer

Flucht und Asyl waren auch zu Beginn des Jahres 2015 bereits Thema der Innenpolitik. Die Intensität der Debatte und das Ausmaß des Zustroms schutzsuchender Menschen ab Anfang September 2015 stellten jedoch nicht nur Länder und Kommunen vor nicht geahnte organisatorische Herausforderungen, um auch nur die elementarsten Grundbedürfnisse zu befriedigen. Sie zeigten gleichzeitig die Verwundbarkeit und Fragilität des Rechtsstaats auf. Am Beispiel des Landes Niedersachsen und seiner Kommunen werden die tatsächliche Entwicklung, die verzögerten rechtspolitischen Reaktionen sowie die Aktivitäten auf Ebene des Landes und der Kommunen zur Bewältigung der Situation geschildert. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf Handlungsnotwendigkeiten als Voraussetzung für eine gelingende Integration der vielen Menschen mit einer Bleibeperspektive.

Die Flüchtlingskrise als Verwaltungskrise – Beobachtungen zur Agilität des deutschen Verwaltungssystems

157

Johann Hahlen/Hannes Kühn

- 137 Der Aufsatz zeichnet die Entwicklungen der Flüchtlingskrise nach und beschreibt die Analyse des Nationalen Normenkontrollrats (NKR) zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung. Darauf aufbauend wird die Frage nach der notwendigen Agilität des föderalen Verwaltungssystems zur Bewältigung der Flüchtlingskrise gestellt. Die Darstellung geht in fünf Schritten vor: Nach der Beschreibung der Flüchtlingskrise als Verwaltungskrise, werden das Engagement des NKR und dessen Empfehlungen vor- und der jüngsten Gesetzgebung gegenübergestellt. Am Ende werden einige Schlussfolgerungen für eine Reform der deutschen Verwaltung gezogen.

Impressum

168